

**Kleine Anfrage** der Fraktion der CDU vom 21. Januar 2003

**Neubau eines Heimes an der Anna-Stiegler-Straße**

Seit längerem werden im Umland Bremens untergebrachte und betreute pflegebedürftige Menschen in die Stadt Bremen zurückgeholt. Im Rahmen dieser Rückholaktion sollen nun auch bisher in Bruchhausen-Vilsen untergebrachte Korsakow-Kranke und ehemalige Medikamentenabhängige in eine entsprechende Einrichtung nach Bremen umziehen. Geplant ist wohl bisher, einen Neubau auf einem Grünstreifen in der Anna-Stiegler-Straße (Kattenturm) zu errichten, in dem die kranken Menschen untergebracht und betreut werden sollen. Eine vollumfängliche Information der Anwohner und Initiativen im Stadtteil hat bisher aber nicht stattgefunden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Gründe sprechen nach Ansicht des Senats für den Standort Kattenturm?
2. Inwieweit ist dem Senat bekannt, ob Alternativen zum Standort in Kattenturm geprüft wurden, die gegebenenfalls auch ohne bauplanungsrechtliche Veränderungen umgesetzt werden könnten?
3. Wer soll Träger des Heimes werden?
4. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über die Finanzierung des Neubaus vor?
5. In welchem Umfang könnten sich nach Einschätzung des Senats Folgekosten durch eine solche Einrichtung für die Stadt ergeben?
6. Inwieweit gedenkt der Senat tätig zu werden, um – unabhängig vom konkreten zukünftigen Standort der Einrichtung – die Menschen im Stadtteil und Anwohner in ausreichendem Maße über diese Einrichtung zu informieren, um so Missverständnissen und unbegründeten Ängsten vorzubeugen bzw. diese auszuräumen?
7. Gedenkt der Senat einen Kontrakt zwischen Betreibern der Einrichtung und Anwohnern über den Umfang der Belegung und Betreuung anzuregen?

Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU

D a z u

**Antwort des Senats** vom 18. Februar 2003

1. Welche Gründe sprechen nach Ansicht des Senats für den Standort Kattenturm?  
Die Größe und die Lage des Grundstücks sprechen für den Standort Kattenturm. Der Bereich wird durch die Nutzung des Grundstücks aufgewertet. Aus fachlicher Sicht passt der Standort zur regionalen Versorgung.

2. Inwieweit ist dem Senat bekannt, ob Alternativen zum Standort in Kattenturm geprüft wurden, die gegebenenfalls auch ohne bauplanungsrechtliche Veränderungen umgesetzt werden könnten?

Seit vier Jahren haben das Ressort und der Träger verschiedene Objekte (Grundstücke, Gebäude) zur Realisierung einer Rehabilitation- und Pflegeeinrichtung für chronisch Suchtkranke geprüft, um eine Übergangslösung mit Bremer Patientinnen und Patienten in Bruchhausen-Vilsen zu beenden. Alternativen zum Grundstück in Kattenturm scheiterten an der Grundstücksgröße, am Zuschnitt der Grundstücke oder in einem Fall auch an der direkten Nähe zu einer großen Diskothek.

3. Wer soll Träger des Heimes werden?

Die Arbeiterwohlfahrt Bremen beabsichtigt, als bisheriger Träger in Bruchhausen-Vilsen die neue Einrichtung in Kattenturm zu übernehmen.

4. Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über die Finanzierung des Neubaus vor?

Die Finanzierung des Neubaus ist von der Arbeiterwohlfahrt Bremen in einem Konzept dargestellt worden. Neben dem Einsatz von Eigenmitteln, der Einwerbung von Drittmitteln wird ein Teil der Finanzierung über die Berücksichtigung bei der Entgeltvereinbarung gewährleistet. Die im Rahmen der Entgelte nach §§ 93 ff. BSHG zu finanzierenden Investitionsfolgekosten (Investitionsbetrag) sind abschließend bewertet, geprüft und entsprechen den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Leistungsfähigkeit. Die Grund- und Maßnahmepauschale bleiben in der Höhe unverändert. Aus Sicht der Entgeltübernahmefinanzierung würde der Neubau im Vergleich zur alten Übergangslösung kostenneutral erfolgen.

5. In welchem Umfang könnten sich nach Einschätzung des Senats Folgekosten durch eine solche Einrichtung für die Stadt ergeben?

Die Erfahrungen mit ähnlichen Einrichtungen zeigen, dass solche Folgekosten nicht zu erwarten sind. Demgegenüber sind positive fiskalische Effekte durch die Verlagerung der Einrichtung aus dem Umland nach Bremen zu erwarten, da die Bremische Jugendhilfe- und Sozialverwaltung erhebliche Mittel aufwendet, mit denen Maßnahmen für bremische Bürger in Einrichtungen des niedersächsischen Umlandes sowie in anderen Bundesländern finanziert werden müssen.

Vor dem Hintergrund der politischen Vorgabe, bremische Aufgaben möglichst in Bremen zu erfüllen und den Einsatz bremischer Haushaltsmittel vorrangig auf die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur auszurichten, hat das Ressort Ende 1997 das Programm „Bremer leben in Bremen 1998 bis 2007“ aufgelegt und dabei den Blickpunkt auf Einwohner- und Arbeitsplatzeffekte sowie auf fiskalische Effekte gelenkt. Damit wurde gleichzeitig die Erwartung verbunden, durch gezielte Umsteuerungsmaßnahmen über einen Zeitraum von zehn Jahren eine weitgehend gemeindenahere Versorgung der vorgenannten Personengruppen zu erreichen.

6. Inwieweit gedenkt der Senat tätig zu werden, um – unabhängig vom konkreten zukünftigen Standort der Einrichtung – die Menschen im Stadtteil und Anwohner in ausreichendem Maße über diese Einrichtung zu informieren, um so Missverständnissen und unbegründeten Ängsten vorzubeugen bzw. diese auszuräumen?

Schon bisher hat der Senat eine frühzeitige Bürgerinnen- und Bürgerinformation gewährleistet. Sowohl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachressorts wie auch des zukünftigen Trägers haben an entsprechenden Veranstaltungen im Stadtteil teilgenommen. Unabhängig vom konkreten Standort ist eine Informationspolitik nur allgemein zu gewährleisten. Durch die Öffentlichkeitsarbeit des Fachressorts und Mitteilungen des Senates gewährleistet der Senat seinen Beitrag zur aktiven Integration kranker Menschen.

7. Gedenkt der Senat einen Kontrakt zwischen Betreibern der Einrichtung und Anwohnern über den Umfang der Belegung und Betreuung anzuregen?

Der Umfang der Belegung und Betreuung wird über die Kapazität und die spezielle Aufgabenstellung der Einrichtung definiert und in der Entgeltvereinbarung zwischen Behörde und Träger festgelegt. Dem Träger ist freigestellt, mit den Anwohnern darüber hinausgehende Vereinbarungen zu treffen.